„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Voll, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 60c.

Canada den Canadiern!

In Westminster Hall in London hielt der frühere Botschafter in Washington, Sir Auckland Geddes, vor 3000 Zuhörern eine bedeutungsvolle Ansprache. Seine Worte erregten eine Aufmerksamkeit, die sich wiederholt unverhohlen bis zum Staunen steigerte, als er folgendes ausführte:

„Die größte Lektion, welche wir je gelernt haben, haben wir vor 150 Jahren von Amerika gelernt. Es hat uns gelehrt, wie wir unsere Kolonien glücklich verwalten sollen. Und wie es nicht oft vorkommt, erhielten wir eine zweite Lektion zu einer Zeit, da die Welt noch jung genug war, um eine koloniale Expansion zu ermöglichen. Ich meine, wir Engländer sollten immer daran denken, was Briten veranlaßt hat, nach Amerika auszuwandern. Sie suchten die volle Freiheit des Gewissens, sie suchten einen neuen Anfang, und sie wollten Europa loswerden.

Die Dominions sprechen von uns als vom Mutterland, und sie sprechen vom Parlament als von der Mutter der Parlamente. Es kommt mir vor, als ob die Betonung dieses Wortes „Mutter", wenn auch gutgemeint, doch eine Anerkennung ist, welche inbetreff unserer Institutionen den Beigeschmack von hohem Alter, wenn nicht gar von Greisenhaftigkeit hat. Sie blicken auf die Regierung in Washington als auf etwas, das aus ihrer Zeit stammt, und wer weiß, was die Leute in den Dominions denken, der weiß auch, daß sie, besonders jene, welche am Pazifik liegen, überzeugt sind, daß man in Washington ihre Schwierigkeiten instinktiv zu verstehen weiß, während sie dieselben in der Downing Straße mit Mühe begründen und erklären müssen.

In Canada findet man überall amerikanische Zeitungen, Zeitschriften und Waren. Eine unsichtbare Grenzlinie teilt dort das Gebiet zwischen Amerika und Canada. Der Verkehr über diese Linie ist äußerst rege, sie spielen dort dieselben Spiele miteknander, ohne sich eines Unterschiedes in der Nationalität auch nur bewußt zu sein.

Oft kommt es vor, daß unsere Dominionen bei uns kein Verständnis und keine sympathische Antwort finden, und dann schauen sie auf Washington. Und Washington hat Augen und blickt auf sie."

Der Redner führte aus, daß Amerika in seiner kompakten Masse und Einheit einen Einfluß auf das britische Reich ausübe, der nicht durch einen aus britischen Quellen fließenden Einfluß wettzumachen sei, und zwar weil das britische Reich sich nicht durch kompakte Masse auszeichne, sondern durch seine Verschiedenheiten.

Man muß die Worte des Redners hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Canada und den Ver. Staaten nicht allzu tragisch nehmen. Sie sind vor allem als eine Mahnung und Warnung an die maßgebenden Stellen in London gerichtet. Die Presse, die Regierungs- und Finanzkreise sowie die breiteste Oeffentlichkeit sollen dadurch aus ihrer Gleichgültigkeit gegenüber den Dominions aufgerüttelt werden. Sie sollen in Angst und Schrecken vor der amerikanischen Konkurrenz versetzt werden. Wer die Worte des Redners liest, könnte wirklich meinen, Canada stehe unmittlbar vor dm Anschluß an die Ver. Staaten. Soweit sind wir aber in Canada doch noch nicht und werden hoffentlich auch nie dazu kommen. Premier Mackenzie King hat in seiner Rede in Regina ausdrücklich jede „Annexion" abgelehnt. Er hat sich für ein freies selbständiges Canada im Rahmen des britischen Reiches erklärt. Alle Vernünftigen, die sich über die faulen Zustände in den Ver. Staaten klar sind, müssen mit Premier King in dieser Auffassung übereinstimmen. Und sollten jemals habgierige unersättliche Amerikaner ihre Hände nach Canada ausstrecken oder sollte jemals im eigenen Lande eine amerikafreundliche Bewegung sich durchsetzen wollen, dann müßte die Losung aller sein: Canada den Canadiern!

Richtlinien des neuen Baldwin-Kabinetts

Großbritanniens erstes Arbeiter-Kabinett blieb nicht lange genug im Amt, um sich des Privilegs erfreuen zu können, an dem Lord Mayors-Bankett teilnehmen zu können, das im Laufe der Zeit einen besonderen Nimbus erhalten hat. Deshalb war auch heuer wieder, wie bereits letztes Jahr, der neue Premier Stanley Baldwin auf dem in Guildhall abgehaltenen Bankett der Ehrengast des Abends. Alle Kabinettsminister hatten sich mit ihren Damen eingefunden, auch waren zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps zugegen.

Während die Gäste sich in der Bibliothek sammelten, wurde beobachtet, wie der Sekretär des Auswärtigen, Austen Chamberlain, längere Zeit mit dem spanischen Botschafter in animiertem Gespräch verweilte. Als er dann später einen Toast auf das diplomatische Korps in London ausbrachte, betonte der Auslandsminister den Wunsch des britischen Reichs auf einen dauernden Frieden. Bezüglich der Vereinigten Staaten sagte er: „Wir freuen uns ob der Mitwirkung der Ver. Staaten und hoffen, daß diese Mitarbeit, in welcher Form sie auch dem Präsidenten und dem Senat passend erscheinen sollte, uns in den Schwierigkeiten, denen wir uns gegenübersehen werden, nicht versagt werden wird."

Er spielte auch auf die großen Dienste an, welche die Völkerliga der Menschheit geleistet. Er fühle sich glücklich, sagte der Redner, in seinem Toast den Namen des spanischen Botschafters besonders erwähnen zu dürfen, der sich die Achtung des britischen Volkes erworben habe. Die spanische Königin, führte er weiter aus, sei eine Prinzessin des britischen Königshauses und Spanien sei ein Land, das durch Bande friedlicher Industrie eng mit Großbritannien verbunden sei. Zwischen den beiden Nationen bestehe nichts, was die Harmonie der Beziehungen stören könnte.

Nachdem der Lord Mayor einen Toast auf die neuen Minister ausgebracht, nahm

Premier Baldwin

das Wort. Er habe zwei Riesen in seinem Kabinett, sagte er, einen zur Bewachung der Gelder der Steuerzahler, den anderen zur Ueberwachung der britischen Auslandpolitik, eine Anspielung auf die Minister Churchill und Chamberlain.

Da er erst kurze Zeit im Amte sei, fuhr der Redner fort, sei er nicht imstande, die übliche Uebersicht über die Lage zu Hause und im Ausland zu geben. Mit voller Zustimmung seiner Kollegen könne er indes sagen, die Hauptaufgabe der Auslandpolitik der Regierung werde Stabilität und Dauer sein.

„Wir stehen bei den Friedensverträgen," fuhr der Premier fort, „und werden auf der Basis dieser Verträge die guten Beziehungen mit allen Nationen zu pflegen versuchen. Daß dieses nicht eine Politik des Stillstandes ist, wird durch die Handlungen der letzten Administration der Arbeiterpartei dargetan, welche direkt zum Dawesbericht und der Londoner Konferenz führten, welch letztere sich unter der fähigen Leitung von RamsayMacdonald so erfolgreich erwiesen hat."

„Die Konferenz war nicht nur in sich selbst von größtem Wert, sie war auch insofern von großer Bedeutung, daß sie den Wiedereintritt der Ver. Staaten in europäische Angelegenheiten markierte. Wohl versteht die Regierung die eigenartigen Verhältnisse, welche die andauernde Mitarbeit Amerikas in europäischen Angelegenheiten schwierig gestalten, sie kann aber nicht ohnehin, ihrer Anerkennung und ihrer Dankbarkeit den Ver. Staaten für die führende Rolle auszusprechen, welche sie in den Unterhandlungen inne hatten, die im Londoner Protokoll kulminierten, das nunmehr in der Durchführung begriffen ist."

Warme Anerkennung zollte Baldwin dem französischen Premier Herriot für seine staatsmännische Mäßigung und Loyalität, die ihn zur Dankbarkeit von ganz Europa berechtige. Die britische Regierung werde fortfahren, Herrn Herriot die freundschaftlichste und dauerndste Unterstützung in der Durchführung einer Politik angedeihen zu lassen, die er selbst so sehr gefördert habe.

Der Premier gab seiner festen Zuversicht Ausdruck, daß das Londoner Abkommen Deutschland in den Stand setzen werde, ein Faktor des Friedens und der Stabilität in Europa zu werden. Die britische Regierung heiße die Gelegenheit welche kürzlich Deutschland gegeben worden, in einer seiner Würde angemessenen Weise in den Völkerbund einzutreten, willkommen, und er hoffe, daß die Aufnahme Deutschlands in die Liga nicht lange verzögert werde.

Bezüglich der arabischen Wirren sagte der Premier, die Regierung werde im Kampf um die heiligen Stätten des Islam von ihrer seither beobachteten Neutralität nicht abweichen, habe auch nicht die Absicht, direkt oder indirekt als Vermittler aufzutreten.

Bezüglich Rußlands und Aegyptens halte er es für verfrüht, jetzt schon eine Ankündigung zu machen. Die Zuhaland-Konvention mit Italien werde ratifiziert und alles versucht werden, um die Beziehungen zu Italien enger zu gestalten.

„Sollte sich eine Gelegenheit bieten", fuhr der Premier fort, „die es möglich machen könnte, durch ausländischen Einfluß China zu helfen, so werden wir keine Zeit verlieren, mit den übrigen Mächten zu konferieren". Bezüglich Indiens wollte sich der Premier vorerst nicht weiter auslassen. Er streifte weder die Singaporefrage noch das Problem der nationalen Verteidigung, sagte aber große Fragen, welche die Dominionen tangierten, harrten der Lösung. Der Rest seiner Rede bezog sich auf einheimische Angelegenheiten.

Weltumschau

Deutschland.

Eine der ersten Früchte der Durchführung des Dawes-Plans und der Erlangung einer ausländischen Anleihe dürfte eine erhebliche Herabsetzung der Steuern sein, ein Schritt, der indirekt wieder der deutschen Ausfuhr zugute kommen würde. Da das Reichsbudget einen erheblichen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben aufweist, hat die Reichsregierung im Einverständnis mit den Finanzministern der Bundesstaaten beschlossen, gewisse Steuern, die als schwere Last auf dem wirtschaftlichen Leben des Reiches lasten, erheblich herabzusetzen. So soll z. B. die Einkommensteuer unter 8000 Mark um etwa 20 Prozent herabgesetzt werden, mit einer weiteren Herabsetzung für Familien mit Kindern. Ein verheiratetes Paar mit acht Kindern soll bei einem Einkommen von nicht mehr als 2000 Mark im Jahr steuerfrei sein. Die Umsatzsteuer soll von 2 auf 1½ Prozent herabgesetzt und die Luxussteuer von 15 auf 10 Prozent erniedrigt werden. Es wird erwartet, daß diese Steuerherabsetzung, ganz abgesehen von einem Rückgang der Kosten der Lebenshaltung, dazu angetan sein wird, Deutschlands Ausfuhrfähigkeit zu steigern. Man sagt sich, da auf Grund der erwähnten Faktoren eine Lohnerhöhung vermieden werden kann, sollte es möglich sein, das derzeitige Niveau der Ausfuhrpreise aufrecht zu erhalten, wodurch den deutschen Exporteuren die Gelegenheit geboten wäre, erfolgreich als Konkurrenten im Weltmarkt aufzutreten.

Nach dem Ausweise der Deutschen Reichsbank vom 31. Oktober betrug an diesem Tage der Gesamtgoldbestand 694,224,000 Goldmark und hat sich somit seit dem letzten Oktober vorigen Jahres um 250,324,000 Goldmark erhöht.

Alle Parteien stehen mitten in den Vorbereitungen zur Wahl und rüsten für den Aufmarsch am 7. Dezember. Dem Beispiel von Braunschweig, welches zuerst beschlossen hatte, mit der Reichstagswahl auch eine Neuwahl für seinen Landtag zu verbinden, sind nunmehr alle Länder, bis auf Baden und Sachsen, gefolgt. Nachdem im badischen Landtag der Antrag auf Auflösung und Neuwahlen durchgefallen war, wurde im Einklang mit dem vorgeschriebenen Turnus unter den Ministern der bisherige Kultusminister Professor Hellpach zum Staatspräsidenten gewählt. Dr. Hummel, einer der badischen Minister, hat in Dessau eine Wahlrede gehalten und dabei das Wort von anno 1848 wiederholt: „Kein Haupt wird über Deutschland leuchten, das nicht mit einem Tropfen demokratischen Oels gesalbt ist."

Die Reichsregierung arbeitet natürlich auf ein Wahlergebnis hin, welches dem jetzigen Kabinett Gewähr bieten wird, im Amt zu bleiben, und damit auf eine Majorität, welche auf das Programm der jetzigen Regierung eingeschworen ist. Der Enthusiasmus für die Wahl ist, soweit rein politische Fragen in Betracht kommen, schwach, doch werden die Teuerung und die Lohnkrise ohne Zweifel bedeutenden Einfluß ausüben und den Wahlkampf beleben.

In Anhalt hat die Landtagswahl bereits stattgefunden. Die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten haben je ein Mandat eingebüßt, die Kommunisten zwei Mandate, wogegen es der Demokratischen Partei gelungen ist, ihre Stimmenzahl zu verdoppeln und eine Zunahme von drei Mandaten zu erzielen, während die Mehrheitssozialisten eine Zunahme von 2 Mandaten zu verzeichnen haben. Im bisherigen Landtag saßen 17 Vertreter der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, 2 Kommunisten, 6 Demokraten, 6 Deutschnationale und 5 Vertreter der Demokratischen Volkspartei. Daß die Demokraten und Sozialisten solche Fortschritte erzielten, war um so weniger erwartet worden, als sich zwei demokratische Reichstagsabgeordnete aus diesem Gebiet, Dr. Schiffer und Dr. Boehme, nach der letzten Krisis der Reichsregierung von der demokratischen Partei losgesagt hatten. Natürlich hatte man in ganz Deutschland diese Wahl als eine Art Barometer für die kommenden Reichstagswahlen mit großer Spannung verfolgt, und nun hat sich das Resultat ergeben, daß die Mittelparteien aus dieser Wahl um 25 Prozent stärker hervorgegangen sind, während die Kommunisten 50 Prozent ihrer früheren Stimmenzahl einbüßten. Die Koalition zwischen Demokraten und Sozialisten hat mit den 19 eroberten Sitzen die absolute Majorität erlangt.

In Bayern haben sich alle Parteien, welche sich mit Revolution und Republik nicht befreunden oder abfinden wollen und auf die Monarchie schwören, zu einem schwarz-weiß-roten Block vereinigt und sind damit von den Demokraten und auch von den Völkischen abgerückt. Die Völkischen leiden offenbar unter ihren unreifen Führern und dem scharfen Draufgängertum. Auch ist bei der Haltung der Monarchisten gegen die Völkischen der Streit des Generals Ludendorff mit dem Kronprinzen Rupprecht von Bayern und die gegen die katholische Kirche gerichtete Agitation schwer ins Gewicht gefallen und hat viel zu der Spaltung beigetragen. Daß der monarchische Gedanke in Bayern im Wachsen ist, liegt auf der Hand, wenn auch noch nicht abzusehen ist, wie weit diese Tendenzen führen werden. Jedenfalls hat Kronprinz Rupprecht in Bezug auf den erwähnten Block erklärt, diese Parteibildung bedeute noch lange nicht, daß Bayern nun auch gleich Monarchie werden solle. Als erstes Ziel auf seinem Weg zur alten Staatsform erstrebt der schwarzweißrote Block die Schaffung des Amtes eines Staatspräsidenten für Bayern, für welches natürlich Kronprinz Rupprecht in Aussicht genommen ist.

Vor dem Staatsgerichtshof der Abteilung des Reichsgerichts in Leipzig, die nach dem Gesetz zum Schutz der Republik errichtet worden war, haben sich nach und nach nicht weniger als 340 Kommunistenprozesse angesammelt, deren Erledigung eine lange Zeit in Anspruch nehmen dürfte.

Oesterreich.

Der zurückgetretene Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel hat in einer Erklärung an die Vertreter der Presse kundgegeben, er werde eine Wiedererwählung für das Kanzleramt durch die Bundesversammlung nicht annehmen, wenn ihm keine Bürgschaften gegen eine weitere Störung des finanziellen Aufbaus von Oesterreich gegeben würden. Sollten die von ihm verlangten Zusicherungen nicht erfolgen, würde er der Opposition die Leitung der Regierung überlassen. Dr. Seipel und die Mitglieder seiner Regierung hatten am verletzten Samstag nach Beginn des Generalstreiks der Eisenbahner ihre Resignation eingereicht.

Die Postbehörden sind bemüht, durch Indienststellung von Automobilen für die Beförderung von Postsachen nach den Grenzen die Notlage zu lindern. Die Automobilfirmen haben gleichzeitig einen Passagiertransport eingerichtet, während die Junker Flugzeug-Gesellschaft für denselben Zweck einen besonderen Luftverkehrsdienst angeordnet hat. Mittlerweile liefern die ausständigen Bahnleute einen beschränkten Transportdienst für die Beförderung von Milch, Fleisch, Gemüse und Kohlen sowie für den Transport von Arbeitern, Geschäftsleuten und Studenten von und nach Wien.

Nach einer neueren Meldung berichteten Vertreter der streikenden Eisenbahner ihren Gewerkschaften das Ergebnis ihrer Verhandlungen mit der Bahnverwaltung. Man glaubt, daß die Vorschläge der Verwaltung angenommen werden und der Streik zu Ende geht. Wenn dies vor der Zusammenkunft des Nationalrats geschieht, so wird Dr. Seipel, der um die Bildung eines neuen Kabinetts ersucht wurde, sein Ministerium dem Rat vorstellen.

Frankreich.

Bei den Verhandlungen über einen französisch-deutschen Handelsvertrag ist ein ernstes Hemmnis eingetreten. Die Ursache liegt in der Schwierigkeit, die Bestimmungen des Vertrags mit jenen des Dawes-Plans über Warenlieferung in Einklang zu bringen. Premier Herriot hatte mit dem ersten deutschen Fachmann Dr. Trendelenburg und Botschafter von Hösch eine lange Unterredung. Nach dem „Le Matin" sind die Deutschen zu den erforderlichen Zugeständnissen nicht geneigt. Die Frage wurde den Fachleuten entzogen und bildet jetzt Gegenstand eines Meinungsaustausches zwischen den beiden Regierungen.

Nach einem Bericht der Zeitung „Quotidien" ist auf einem geheimen Festessen für Christian Rakowsky den Sowjet-Vertretern in London, die Bereitwilligkeit der Sowjets ausgesprochen worden, einige kommunistische Prinzipien bei den weiteren Verhandlungen mit den Franzosen zu vergessen. Jedoch wurde an die kleine Gruppe französischer politischer Führer und einflußreicher Zeitungsleute die Warnung gerichtet, sie sollten künftighin nicht so viel von „Gesetz" und „Heiligkeit des Heiligtums" reden. Ein Vertreter des „Quotidien" hatte sich, wie das Blatt behauptet, unter dem Vorgeben, ein Freund Rakowskys zu sein, in den Bankettraum eingeschlichen. Unter den Anwesenden bemerkte er den früheren französischen Botschafter für Rußland, Noulens, und Jean Herbette, der von Premier Herriot zum Botschafter in Moskau ernannt worden ist. Wie der ungeladene Gast berichtet, erklärte Rakowsky in einer Ansprache unter Hinweis auf die voraussichtlichen französisch-russischen Verhandlungen: „Ich begreife alle Schwierigkeiten, die uns bevorstehen. Wir Diplomaten aber wissen, wie gelegentlich unsere Prinzipien zu opfern sind, um russische Interessen zu fördern."

Der vor einiger Zeit von einem französischen Kriegsgericht wegen Möbeldiebstahls während der deutschen Besetzung „in contumaciam" zu einer Kerkerstrafe verurteilte frühere deutsche General von Mathusius ist in das Gefängnis zu Lille eingeliefert worden. Er wurde vor einigen Tagen in Forbach von französischen Geheimpolizisten verhaftet und wird eine neue Verhandlung vor einem Kriegsgericht zu bestehen haben. General von Mathusius hatte mit dem Sekretär der deutschen Botschaft in Paris, von Rintelen, eine lange Unterredung, in der Vereinbarungen zur Verteidigung des Generals getroffen wurden. Die Besprechung fand in Gegenwart eines französischen militärischen Dolmetschers statt.

Italien.

Die Opposition veröffentlichte ein Manifest an die Nation, welches ihre Entscheidung bestätigte, sich angesichts der gegenwärtigen politischen Situation nicht an den parlamentarischen Arbeiten zu beteiligen, solange nicht eine Besserung eintritt. Obwohl die Ergebnisse der letzten Parlamentswahlen zeigen, daß die Opposition ein Drittel der gesamten Stimmenzahl erhielt, so wird doch in dem Manifest darauf hingewiesen, daß die Opposition gegenwärtig ganz unzweifelhaft eine Mehrheit der Bevölkerung vertritt. Die Regierungsgewalt, so wird in dem Manifest weiter ausgeführt, wird nicht in gesetzlicher Weise vermittelst der Kontrolle der Volksvertretung ausgeübt, sondern durch eine Partei, die eine Minderheit der Nation vertritt. Die Opposition hatte gehofft, so wird weiter hinzugefügt, ihren Widerstand auf die parlamentarische Diskussion zu beschränken. Die „tragische Erfahrung" des Matteotti Falles habe indessen gezeigt, daß ein solches Bestreben nutzlos sein würde. Das Manifest verurteilt die Partei, „welche die Gewalt an sich riß und niemals aufrichtig das Recht auf Existenz der Opposition zugestand, obwohl die faszistische Mehrheit das Ergebnis einer Wahl ist, deren schändliche Erinnerung in der politischen Geschichte unvergessen bleiben wird." Ferner werden die „Gewalttaten, ungesetzlichen Handlungen und Verfassungsverletzungen seitens der faszistischen Regierung" gebrandmarkt, mit dem Hinzufügen, daß „dieses moralische und rechtliche Chaos durch die faszistische Miliz geschützt wird, deren Natur, Geist und Funktionen durch den dem König geleisteten Eid nicht geändert wurden. Vielmehr forderte im Gegensatz zu diesem Eid der Premierminister die Miliz auf, ihren Eid dem Faszismus gegenüber zu erneuern und sich stets der Revolution gegenüber als ein Bollwerk zu betrachten."

Premier Mussolini hielt eine Ansprache vor einer Versammlung seiner parlamentarischen Gefolgschaft, in welcher er ausführte, daß ungeachtet der großen Anzahl von Streiks, sonstiger Zwischenfälle und der Kampagne, die im allgemeinen gegen die Regierung seitens der Oppositionspresse geführt würde, die öffentliche Ordnung nicht ernstlich gestört worden sei. Die Kammer werde ungeachtet der Taktik der Opposition funktionieren und die, die dem Parlament fernblieben, würden ein Unrecht begehen und eine verfassungswidrige Haltung einnehmen.

Während Mussolini in dieser Weise zu den Abgeordneten der Mehrheit sprach, traf er die Vorsicht, seinen Gegnern die Abhaltung von politischen Versammlungen jeder Art zu verbieten. Die jetzige Lage entstand durch die Feier des italienischen Waffenstillstandtages am vorigen Dienstag. Eine Vereinigung, zu welcher General Garibaldi, Enkel des Patrioten, gehört, beschloß, an einem Umzug zur Erinnerung an den Sieg über Oesterreich teilzunehmen. Viele Veteranen und Krüppel sind bei dieser Vereinigung. Als die Mitglieder sich auf dem Volksplatz versammelt hatten, stürzten faszistische Schwarzhemden aus nahen Straßen herbei und es kam zu einem Kampf, in welchem viele Personen verletzt wurden.

Rußland.

Einer der berüchtigsten Charaktere in Rußland ist ein Russe deutscher Abstammung namens Nicholas Schumann, welchen die Bewohner von Georgien den Todeskommissar nennen. Sein unheimlicher Titel rührt davon, daß der Mann lange Zeit hindurch der amtliche Scharfrichter der gefürchteten Cheka im südlichen Rußland war. Seine Opfer gehen in die Tausende. Jetzt bereut Schumann seine blutige Tätigkeit. Er wurde von einem Menschenschlächter zum Teppichverkäufer in den Basars von Tiflis. Jeden Tag preist er Amerikanern und anderen Besuchern der georgischen Hauptstadt seine Waren an. Die Eingeborenen erkennen ihn leicht, weil sein Gesicht durch eine tiefe Narbe entstellt ist, die Folge eines Angriffs durch einen Georgier, dessen Freunde Schumann dem Tod überliefert hat. „Ich habe diese Menschen umgebracht, weil es als amtlicher Nachrichter für die Regierung meine Pflicht war," sagte der frühere Scharfrichter. „Jetzt bereue ich und will die Vergangenheit vergessen. Ich suche mein besseres Wesen zu entwickeln." Er fragte, ob für ihn in Amerika als Teppichhändler Aussicht sei. „Wie ich höre," meinte er, „habt Ihr dort viel Geld. Einen Teil davon will ich für meine Teppiche nehmen."

Schweiz.

Im Laufe des Winters findet voraussichtlich eine besondere Zusammenkunft des Völkerbundes statt, um Deutschland als Mitglied aufzunehmen. Sollte das deutsche Gesuch rechtzeitig eintreffen, so dürfte der Rat in seiner Dezembertagung in Rom einen Beschluß fassen. Eine besondere Zusammenkunft für Deutschland kann natürlich nicht auf die Ankunft von Delegierten aus fernen Winkeln der Erde warten. Entfernte Länder sollen daher ihre Botschafter oder Gesandten in Europa mit ihrer Vertretung in Genf bei dieser besonderen Gelegenheit betrauen. Wahrscheinlich schickt jedes Land nur einen Vertreter anstatt der drei offiziellen Delegierten, welche nach der Geschäftsordnung den Jahresversammlungen des Bundes beiwohnen, nebst ihren Ersatzleuten und zahlreichen Fachmännern. Deutschland wurde von den alliierten Mächten gesagt, daß sein Eintritt in den Bund im Einklang mit dem Abkommen erfolgen muß, ohne besondere Ausnahmen oder Vorrechte. Es ist daher von Interesse zu erwähnen, daß Artikel 1 des Abkommens die Frage der Zulassung deckt. Nach diesem Artikel können jeder souveräne Staat, eine Dominion oder eine Kolonie Mitglied werden, wenn Zweidrittel der Versammlung die Zulassung beschließen. Die Voraussetzung ist jedoch, daß das neue Mitglied Garantien von seiner aufrichtigen Absicht gibt, seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und die Vorschriften der Liga in Hinsicht auf Rüstungen annimmt. Nach allgemeiner Annahme wird Deutschland als eine der großen Weltmächte einen ständigen Sitz im Rat erhalten.

Spanien.

Beamte des französischen Militärdienstes sind überzeugt, daß Spanier, welche während der letzten Tage in Perpignan, Cerbere, Banyula und anderen Plätzen an der französisch-spanischen Grenze verhaftet wurden, alle an einer Verschwörung gegen das spanische Militärdirektorat beteiligt waren. Am Donnerstag Abend kamen mehr als 50 Personen von Bordeaux in St. Jean-de-Luz an und überschritten nach einer geheimen Beratung um 2 Uhr Freitag morgens in kleinen Gruppen die Grenze. Ein Unteroffizier und ein Soldat der spanischen Grenzwache, welche die fremden Ankömmlinge in dem Dorfe Vera, Provinz Navarra, anhalten wollten, wurden beide niedergeschossen und getötet. Vier Mann der Gendarmerie, die auf den Knall der Schüsse herbeieilten, wurden von Kugeln verwundet. Erst nach Aufgebot der ganzen Grenzwache zogen sich die Eindringlinge in die Berge zurück. Den ganzen Tag über bis zum Abend waren Feuergefechte im Gange, in deren Verlauf, nach Bericht der spanischen Grenzbehörden, fünf der angeblichen Verschwörer getötet und 20 verhaftet wurden. Französische Gendarmerie verhaftete am Samstag morgen eine Anzahl Personen, als sie über die Grenze flüchten wollten. Im Verhör gaben die Gefangenen an, sie seien von Paris gekommen. Unter Anklage des verbotenen Waffentragens würden sie für die weitere Verhandlung festgehalten. Die Leiche eines getöteten Fremden, der von der Kugel eines spanischen Grenzwächters getroffen war, wurde am Samstag nach der Bahnstation St. Jean-de-Luz gefunden.

Zwei Spanier namens Joseph Macer und Jean Montedo, die vom Kriegsgericht wegen Teilnahme an den aufrührerischen Unruhen am letzten Donnerstag an der spanisch-französischen Grenze zum Tode verurteilt worden waren, sind in Barcelona hingerichtet worden.

Man macht darauf aufmerksam, daß die Verhaftungen der angeblichen Rädelsführer einer revolutionären Bewegung am letzten Donnerstag an entgegengesetzten Punkten der spanischen Grenze erfolgten, woraus man schließen könne, daß die Umstürzler den Ausbruch eines Aufruhrs gleichzeitig an verschiedenen Stellen vorbereiten. Diese Bewegung ist scheinbar von den Syndikalisten geleitet und sowohl die republikanischen Parteien Spaniens wie die bürgerlichen Opponenten der Militärdiktatur betonen, diesen revolutionären Plänen fernzustehen. Man könne auch nicht annehmen, daß sich die Bewegung gegen die Person des Generals Primo De Rivera richte, da dieser sich jetzt in Marokko befinde.

Der spanische Schriftsteller Vicente Blasco Ibanez, der in Paris mit der Abfassung einer Flugschrift beschäftigt ist, in der er König Alfons und die jetzige Regierung scharf anzugreifen beabsichtigt, erklärte in einer Unterredung mit einem Berichterstatter des „Le Matin", daß die syndikalistische revolutionäre Bewegung absurd und verbrecherisch sei, weil sie einerseits keine Aussicht auf Erfolg habe und andererseits unnütz Menschenleben aufs Spiel setze. Er sagte, die wahre republikanische Bewegung in Spanien dürfe mit den Umtrieben der Anarchisten nicht verwechselt werden.

Mexiko.

Abgeordneter Marones, der hervorragendste Arbeiterführer in Mexiko, und ein anderer Abgeordneter wurden bei einer Schießerei in der Deputiertenkammer verwundet. Während einer stürmischen Debatte wurden ungefähr 200 Schüsse abgefeuert.

Brasilien

Eine 1500 Mann starke Abteilung brasilianischer Revolutionäre ist unter den Generalen Zeccanetto und Mezquita, wie Nachrichten von der uruguayischen Grenze besagen, in den Staat Rio Grande eingedrungen. Keinerlei Anzeichen der Absicht eines weiteren Vormarsches liegen soweit vor. Diese Kolonne, zu der verschiedene kleinere Abteilungen gestoßen sind, verfügt über hinreichende Quantitäten von Kriegsmaterial, um weitere 3000 Mann bewaffnen zu können.

China

In Tientsin begann die Konferenz zwischen chinesischen Führern, in der eine Vereinbarung über die künftige Regierung Chinas getroffen werden soll. Bemerkenswert ist, daß der Unterredung auch der vor einigen Wochen beim Tai-See besiegte frühere militärische Gouverneur der Provinz Tschefiang, General Lü Jung Hsiang, beiwohnt.

Die Streitkräfte des christlichen Generals Feng und des mandschurischen Diktators Tschang Tsulin bereiten sich angeblich vor, gegen Nanking, die Hauptstadt der Provinz Kiangsu, und gegen Wutschang, die Hauptstadt von Hupe, vorzurücken, um die Kontrolle über den Fluß Jangtsekiang zu erlangen.

General Tschang stellte für die Bewohner jenes Teils von Tschili, der kürzlich durch Ueberschwemmungen verheert wurde, Nahrungsmittel im Werte von zwei Millionen Dollars zur Verfügung, die er aus der Mandschurei bringen ließ.

Ver. Staaten

Zwar sind die Progressiven in der Wahl unterlegen, doch haben sie deswegen ihre Existenzberechtigung durchaus nicht verloren; vielmehr werden sie nach dem altbewährten Sprichwort, daß Unglück der beste Kitt sei, sich jetzt zusammenschweißen und eine dauernde Organisation in Stadt und Staat bilden, wie seitens des La Follette Hauptquartiers bekannt gegeben wurde. Am 15. November wird im Civic Club eine Versammlung des Staats- und Groß-New York Kampagnekomitees stattfinden, in der die Weiterführung der La Follette Partei zur Sprache kommt. Geplant ist, bald darauf eine große Massenversammlung abzuhalten, die jedenfalls in Cooper Union stattfinden wird. Bis dahin bleibt auch das La Follette Hauptquartier bestehen. Erst später sollen andere Quartiere bezogen werden. Die Tatsache, daß die unerschrockenen beiden Senatoren, die im Interesse des Volkes gekämpft haben, im Staat New York fast eine halbe Million Stimmen auf sich vereinigten, wird als der beste Beweis dafür erachtet, daß diese dritte Partei eine dringende Notwendigkeit sei. Das Streben der La Follette Leute geht dahin, den in so kurzer Zeit gewonnenen Boden zu sichern und die Scharen derer, die sich um das progressive Banner sammelten, fest zusammenzuhalten und die Reihen zu erweitern. Alle fortschrittlichen Elemente sollen in dieser Partei eine Zufluchtsstätte finden.

Die Bestrebungen innerhalb des amerikanischen Arbeiterbundes, eine Arbeiterpartei in diesem Lande zu gründen, erlitten durch das Wahlergebnis einen schweren Rückschlag. Die gemäßigten Führer des Bundes sind darum überzeugt, daß die Frage in der Zusammenkunft der Federation am 17. November in El Paso nicht vorkommen wird. Der rechte Flügel des Bundes sowie die Bahnbrüderschaften widersetzten sich dem Versuch, aus der gegenwärtigen parteilosen Haltung der Arbeiter eine direkte Parteiangelegenheit zu machen. Sie glauben, daß die Wahl ihren Standpunkt gerechtfertigt hat.

Das Leben schenkt nichts. Was es uns in den Schoß wirft, ist größtenteils Katzengold und zerrinnt uns unter den Händen. Nur, was wir ihm abringen in hartem ehrlichem Kampfe, hat bleibenden Wert. Helene v. Hötzendorff-Grabowski.

Die Liebe ist der Hauptschlüssel, der alles beim Menschen aufschließt. Hippel.

Der ganze Becher muß leerlaufen, wenn sich die Zeit erfüllen soll, daß der Herrgott ein ihm durch die Not lieb gewordenes Volk segnet bis ins tausendste Glied. Ferdinand Zachi.

Freund! Du hast recht, wenn du glaubst, daß ich viel arbeite. Ich tue es, um zu leben, denn nichts hat mehr Aehnlichkeit mit dem Tode als der Müßiggang. Friedr. der Große.